

Fremd im eigenen Haus

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 19 vom 23. Januar 2019

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 19 vom 23. Januar 2019, S. 8, unter dem Titel:

"Fremd im eigenen Haus. Die Teilung ist für viele Ostdeutsche präsenter als für Westdeutsche. Sie haben weniger Vertrauen in den Staat und die politischen Parteien."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Positive Bilanz des vergangenen Jahres in West und Ost
	A	2	Mit Optimismus ins neue Jahr
	A	3	Vertrauen in die Sicherheit des Arbeitsplatzes
	A	4	Für die meisten in Ost und West keine Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation
	A	5	Auch die Rentner in Ost und West meist zufrieden
	A	6	Große Unterschiede bei den Parteiaffinitäten
	A	7	Aktuelle Zweitstimmen-Wahlabsicht für die AfD in West- und Ostdeutschland
	A	8	Regierungsbeteiligung der AfD wünschenswert?
	A	9	Politische Agenda in Ost und West nicht grundsätzlich verschieden
	A	10	Das Vertrauen in den Staat ist in Ostdeutschland geringer
	A	11	Unterschiedliches Vertrauen in das Wirtschaftssystem
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage
		2	Was trennt die Menschen?
		3	Rückhalt für die bundesdeutsche Demokratie
		4	Überzeugende Alternative zur Marktwirtschaft?

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Fremd im eigenen Haus

Vor annähernd drei Jahrzehnten skandierten die Teilnehmer der Montagsdemonstrationen in Leipzig zunächst "Wir sind das Volk", später auch "Wir sind ein Volk". Mit dem Fall der Mauer und der Wiederherstellung der Einheit von West- und Ostdeutschland kamen zwei Landesteile zusammen, deren Bevölkerung über viele Jahrzehnte sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht hatte, politisch wie gesellschaftlich und ökonomisch. Die Bedeutung und Nachhaltigkeit dieser unterschiedlichen Erfahrungen werden bis heute oft unterschätzt.

Zwar ist die Stimmungslage und Bilanz der eigenen materiellen Situation heute weitgehend ähnlich. 2018 war für die Mehrheit der West-
Tabelle A 1
deutschen wie für die Mehrheit der Ostdeutschen ein gutes Jahr, nur jeder Fünfte zieht eine negative Bilanz. Genauso sind Ost- und Westdeutsche gleichermaßen optimistisch in dieses Jahr gestartet, lediglich 14 Prozent in
Tabelle A 2
Ost wie West mit Befürchtungen. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland liegt zwar mit 6,5 Prozent noch über dem Westniveau, hat sich jedoch über die letzten Jahre hinweg kontinuierlich verringert und nähert sich allmählich der Situation auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt an. Unter den Erwerbstätigen zweifelt jeder Zehnte an der Sicherheit des eigenen

Arbeitsplatzes; dies gilt für Ost wie West gleichermaßen. Tabelle A 3

Auch die Produktivität hat sich über die Jahrzehnte hinweg angenähert; allerdings hat sich diese Entwicklung in den letzten Jahren verlangsamt und der Prozess dauert insgesamt wesentlich länger als ursprünglich angenommen. Aktuell beträgt der Unterschied noch rund 22 Prozent. Auch die Gehaltsunterschiede verringern sich, sind objektiv aber nach wie vor größer, als die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage in Ost und West erkennen lässt. 53 Prozent der West- Schaubild 1

wie der Ostdeutschen ziehen zurzeit eine positive Bilanz ihrer wirtschaftlichen Situation. Über die letzten Jahre hinweg sehen sich weniger als ein Fünftel der West- wie der Ost- Tabelle A 4
deutschen als Wohlstandsverlierer; 34 Prozent der Westdeutschen und 36 Prozent der Ostdeutschen ziehen dagegen die Bilanz, dass sich ihre ökonomische Lage in diesem Zeitraum verbessert hat. Auch die Zufriedenheit der Rentner unterscheidet sich nur begrenzt: Tabelle A 5

56 Prozent der westdeutschen, 50 Prozent der ostdeutschen Rentner sind mit der Höhe ihrer Rente zufrieden; sehr kritisch äußern sich 12 Prozent der westdeutschen und 14 Prozent der ostdeutschen Rentner.

Aber genereller Optimismus und materielle Zufriedenheit sind nur eine Facette der Befindlichkeit in Ost und West. Drei Jahrzehnte nach dem Ende der Teilung hat die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung immer noch

den Eindruck, dass eine Trennlinie zwischen Ost und West verläuft. Gefragt, was heute in der Gesellschaft die Menschen vor allem trennt und unterscheidet, sieht die Mehrheit in Ost und West vor allem Unterschiede zwischen den sozialen Schichten sowie der deutschstämmigen Bevölkerung und Migranten. Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung identifiziert darüber hinaus jedoch zwei weitere Trennlinien: die zwischen Ost- und Westdeutschen und zwischen den Anhängern verschiedener politischer Positionen. Schaubild 2

Besonders der Provenienz aus Ost- oder Westdeutschland wird in Ostdeutschland eine ungleich größere Bedeutung zugeschrieben als im Westen: Nur 26 Prozent der Westdeutschen, aber 52 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass hier eine der wichtigsten Trennlinien in unserer Gesellschaft verläuft. Schaubild 2

Auch die politischen Einstellungen gelten in Ostdeutschland weitaus mehr als Spaltungsthema als in Westdeutschland: 46 Prozent der Westdeutschen, 63 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass besonders gravierende Trennlinien entlang der politischen Anschauungen verlaufen.

Beides überschneidet sich: Es gibt gravierende Unterschiede zwischen Ost und West, und sie betreffen gerade auch politische Positionen und insbesondere die Parteiaffinitäten. Aus gutem Grund sehen CDU und SPD den anstehenden Wahlen in Ostdeutschland mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Während in Westdeutschland die Unionsparteien von 37

Prozent als die Parteien benannt werden, die ihnen generell am sympathischsten sind, liegt dieser Anteil in Ostdeutschland bei 28 Prozent. Die SPD wird bei diesem Sympathieranking in Ostdeutschland von 16 Prozent auf den ersten Rang gesetzt. Auch Grüne und FDP genießen in Ostdeutschland weitaus weniger Vertrauen als in Westdeutschland; so sind die Grünen zurzeit für 23 Prozent der Westdeutschen, aber nur für knapp 10 Prozent der Ostdeutschen die ihnen sympathischste Partei. Da die Sympathien für beide Parteien heute jedoch in West wie Ost größer sind als zum Zeitpunkt der letzten Landtagswahlen, können sie trotz des Sympathiegefälles zwischen West und Ost auch in Ostdeutschland auf Zugewinne hoffen.

Tabelle A 6

Zwei Parteien haben in Ostdeutschland einen wesentlich stärkeren Rückhalt als in Westdeutschland, die Linke und die AfD. Beide haben keine Historie als Westpartei. Die Linke ist nach wie vor in erster Linie Ostpartei; knapp 7 Prozent der Westdeutschen, aber 17 Prozent der Ostdeutschen benennen sie als sympathischste Partei. Und die AfD ist die einzige Partei, die erst lange nach der Wiedervereinigung gegründet wurde und von Anfang an in Ostdeutschland mehr Resonanz fand als in Westdeutschland. Zurzeit setzen sie 9 Prozent der Westdeutschen und 21 Prozent der Ostdeutschen auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien; die Zweitstimmenwahlab-sichten liegen noch höher, zurzeit bei 11 Prozent im Westen und 22 Prozent im Osten. Die AfD gilt in Ostdeutschland nicht als Westpar-

Tabelle A 6

Tabelle A 7

tei und dies verbessert dort ihre Chancen.

Die Bürger in Ostdeutschland haben auch deutlich andere Vorstellungen, welche Rolle die AfD im politischen Leben der Republik spielen sollte. Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung wünscht sich einen möglichst geringen Einfluss der AfD, eine Position, die nur 34 Prozent der Ostdeutschen teilen. 37 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung möchten zwar keine AfD-Beteiligung an Regierungen, aber ihre Präsenz in Parlamenten und nennenswerten politischen Einfluss; gut jeder Fünfte spricht sich darüber hinaus für eine Beteiligung der AfD an Regierungen aus. Beide Positionen werden in Westdeutschland weitaus weniger vertreten. Tabelle A 8

Die politische Agenda der Bürger in Ost und West erklärt die gravierenden Unterschiede der Parteipräferenzen nur sehr begrenzt. Noch die größten Unterschiede treten bei Umwelt- und Energiethemen auf. So steht die ostdeutsche Bevölkerung der Energiewende distanzierter gegenüber als die westdeutsche; 46 Prozent der Westdeutschen, 32 Prozent der Ostdeutschen halten es für besonders wichtig, dass die Energiewende in dieser Legislaturperiode vorangetrieben wird. Den Zielen Umwelt- und Klimaschutz messen 63 Prozent der Westdeutschen und 53 Prozent der Ostdeutschen besonders große Bedeutung bei.

In Bezug auf die Migrationspolitik setzen West- und Ostdeutsche zwar wie erwartet unterschiedliche Akzente, formulieren aber keineswegs eine völlig abweichende politische

Agenda. So halten es 74 Prozent der Westdeutschen und 66 Prozent der Ostdeutschen für vordringlich, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu bekämpfen; 65 Prozent der Westdeutschen, 75 Prozent der Ostdeutschen halten es für vordringlich, die Zuwanderung nach Deutschland zu begrenzen. Auch die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge ist der ostdeutschen Bevölkerung zwar weniger wichtig als der westdeutschen, aber auch hier halten sich die Unterschiede in Grenzen. Das gilt auch für andere politische Ziele: So ist der ostdeutschen Bevölkerung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wichtiger als der westdeutschen, während die westdeutsche Bevölkerung dem Abbau von Staatsschulden, der Bekämpfung von politischem Extremismus und der Sicherung guter Beziehungen zu den USA mehr Bedeutung beimisst als die ostdeutsche. Umgekehrt sind der ostdeutschen Bevölkerung gute Beziehungen zu Russland wichtiger als der westdeutschen. Insgesamt hat die ostdeutsche Bevölkerung jedoch keine andere politische Agenda als die westdeutsche, die die gravierenden Unterschiede bei den Parteisympathien zur Gänze erklären würde.

Tabelle A 9

Aber das Vertrauen, dass der Staat seinen Aufgaben gerecht wird, ist in Ostdeutschland signifikant niedriger als in Westdeutschland. So vertraut die ostdeutsche Bevölkerung weit weniger als die westdeutsche darauf, dass in Deutschland Grundrechte wie die Meinungsfreiheit geschützt sind, die Gerichte un-

abhängig sind und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz gesichert ist. Zwei Drittel der Westdeutschen, aber nur jeder zweite Ostdeutsche vertraut darauf, dass Grundrechte wie die Meinungsfreiheit wirksam geschützt sind; 56 Prozent der Westdeutschen, 39 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass die Gerichte unabhängig urteilen. Auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und die sozialen Sicherungssysteme ist im Osten niedriger als im Westen. Tabelle A 10

Noch weitaus mehr differiert jedoch der Rückhalt für das politische und teilweise auch das wirtschaftliche System. In Westdeutschland ist die überwältigende Mehrheit der Bürger bei aller Kritik an Details des Staatswesens und der politischen Kultur überzeugt, dass die Demokratie der Bundesrepublik die beste Staatsform ist; lediglich 10 Prozent glauben an eine überlegene Alternative. Völlig anders fällt die Bilanz der ostdeutschen Bevölkerung aus: Nur 42 Prozent sind Anhänger dieser demokratischen Staatsform, während 23 Prozent davon ausgehen, dass es bessere politische Systeme gibt; 35 Prozent sind in dieser Frage unschlüssig oder wollen sich nicht äußern. Von Anfang an hatten weite Teile Probleme, sich mit diesem System zu identifizieren. Schaubild 3

In Bezug auf das Wirtschaftssystem war das anders. 1990 übernahm die überwältigende Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung mit großen Hoffnungen, ja geradezu euphorisch das Wirtschaftssystem Westdeutschlands. 77 Prozent sahen dieses System 1990 positiv; es Tabelle A 11

folgte eine Phase der Ernüchterung: Mitte der 90er Jahre bewertete nur noch ein Viertel der Bürger das Wirtschaftssystem positiv, 45 Prozent kritisch. Erst in den letzten Jahren, nach einem mittlerweile mehr als zehnjährigen Aufschwung, überwiegt wieder klar die Zustimmung zu diesem System. Es ist jedoch nur begrenzt eine Zustimmung aus Überzeugung, dass die Marktwirtschaft das überlegene Wirtschaftssystem ist. Generell schwankt die Unterstützung für das Wirtschaftssystem im Zeitverlauf gravierend, abhängig von Konjunktur und Arbeitsmarkt. Das gilt auch für Westdeutschland. Selbst zurzeit vertritt jedoch auch in Westdeutschland nur die Hälfte grundsätzlich die Überzeugung, dass die Marktwirtschaft anderen Wirtschaftssystemen überlegen ist, während 43 Prozent unschlüssig sind. In Ostdeutschland sind jedoch gerade einmal 30 Prozent grundsätzlich von der Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems überzeugt, 56 Prozent angesichts dieser Frage unschlüssig.

Schaubild 4

Besonders die distanzierte Bewertung des politischen Systems, das unterdurchschnittliche Vertrauen in den Staat und die politischen Kräfte, die dieses Staatswesen in Westdeutschland schon vor 1990 geprägt haben, zeigt, dass sich viele Ostdeutsche immer noch fremd im eigenen Haus fühlen. Die Teilung ist für viele noch wesentlich präsenter als für Westdeutsche und nicht vollständig überwunden. Dieses Gefühl der Fremdheit prägt die Parteipräferenzen mehr als unterschiedliche Akzente der politischen Agenda.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1249
Befragungszeitraum:	5.01. - 17.01.2019
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Positive Bilanz des vergangenen Jahres in
West und Ost

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Würden Sie sagen, das vergangene Jahr 2018 war für Sie persönlich ein gutes Jahr, oder war 2018 für Sie kein gutes Jahr?"

	Bevölk. insg.	West	Ost
	%	%	%
Gutes Jahr	57	57.....	54
Kein gutes Jahr	21	21.....	21
Unentschieden	22	22.....	25
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11097, Januar 2019

Mit Optimismus ins neue Jahr

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	%	%
Mit Hoffnungen	52	52
Mit Befürchtungen.....	14	14
Mit Skepsis	23	22
Unentschieden.....	11	12
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11096, Dezember 2018

Vertrauen in die Sicherheit des Arbeitsplatzes

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Erwerbstätige ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass Sie alles in allem einen sicheren Arbeitsplatz haben, oder machen Sie sich Sorgen, dass Sie ihn verlieren könnten?"

	Erwerbstätige insgesamt	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	%	%
Sicheren Arbeitsplatz.....	74	72
Sorgen, ihn zu verlieren.....	10	10
Unentschieden.....	16	18
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095, 2018

Für die meisten in Ost und West keine Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftliche besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"

	Bevölkerung insgesamt	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	%	%
Besser.....	34.....	36
Schlechter.....	15.....	17
Kein Unterschied	51.....	46
Keine Angabe	x.....	1
	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11095

Auch die Rentner in Ost und West meist zufrieden

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Rentner / Pensionäre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Höhe Ihrer eigenen Rente denken:
Wie zufrieden sind Sie damit? Würden Sie sagen ..."

	Rentner / Pensionäre	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	%	%
"sehr zufrieden" / "zufrieden"	56	50
"weniger zufrieden"	30	36
"gar nicht zufrieden"	12	14
Keine Angabe	2	x
	<u>100</u>	<u>100</u>

x= unter 0,5 Prozent

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, 2018

Große Unterschiede bei den Parteiaffinitäten

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Wahlberechtigte

FRAGE: "Hier habe ich Karten mit den Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch. Könnten Sie bitte diese sechs Karten einmal danach untereinanderlegen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind?

Es geht so:

Obenhin legen Sie die Partei, die Ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an die zweite Stelle setzen würden, und so weiter, und als letzte Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch oder vielleicht sogar ganz unsympathisch ist." (Kartenvorlage)

	Wahlberechtigte insgesamt	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	%	%
CDU/CSU	37	28
SPD	15	16
FDP.....	7	4
Bündnis 90/Grüne.....	23	10
Die LINKE	7	17
Alternative für Deutschland.....	9	21
Keine Angabe	2	4
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11097, Januar 2019

Aktuelle Zweitstimmen-Wahlabsicht in
West- und Ostdeutschland für die AfD

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Wahlberechtigte mit
konkreter Parteiangabe

	Wahlberechtigte mit konkreter Parteiangabe	
	Westdeutschland	Ostdeutschland
	%	%
Alternative für Deutschland.....	11	22

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11097, Januar 2019

Regierungsbeteiligung der AfD
wünschenswert?

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich drei über die AfD. Welcher der drei sagt am ehesten das, was auch Sie denken? (Bildblattvorlage)

	Bevölk. insg.	West	Ost
	%	%	%
"Ich fände es gut, wenn sich die AfD an Regierungen beteiligt und mitregiert. Sie sollte politische Verantwortung übernehmen."	13	11	21
"Die AfD sollte zwar nicht mitregieren, aber ich finde es gut, wenn sie in den Parlamenten vertreten ist und so politischen Einfluss nehmen kann."	24	21	37
"Ich finde, die AfD sollte generell so wenig politischen Einfluss wie möglich haben und daher auch nicht in Parlamenten vertreten sein"	52	57	34
Unentschieden	11	11	8
	<hr/> 100	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11094, 2018

Politische Agenda in Ost und West nicht
grundsätzlich verschieden

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die nächsten Jahre denken: Worum sollte sich die Bundesregierung Ihrer Meinung nach besonders kümmern, was wäre Ihnen besonders wichtig?
Bitte legen Sie die entsprechenden Karten heraus." (Kartenspielvorlage)

	Bevölkerung insg.	
	West	Ost
	%	%
Sicherheit, Bekämpfung der Kriminalität.....	80	86
Für ein zukunftssicheres und bezahlbares Gesundheitssystem sorgen.....	80	88
Für ausreichend Pflegekräfte sorgen.....	80	80
Den Terrorismus entschieden bekämpfen.....	80	77
Die sozialen Unterschiede, die Unterschiede zwischen Arm und Reich verringern.....	76	78
Für gute Schulen und Hochschulen sorgen.....	75	81
Die Renten auf dem heutigen Niveau sichern.....	74	74
Die Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge bekämpfen.....	74	66
Die Zuwanderung nach Deutschland begrenzen.....	65	75
Stärkere Förderung von Familien mit Kindern.....	65	69
Dass rasch ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet wird.....	65	66
Politischen Extremismus bekämpfen.....	64	58
Dass die Belastungen durch Steuern und Abgaben sinken.....	62	64
Den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben.....	63	53
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.....	55	63
Die Angebote zur Kinderbetreuung ausbauen.....	54	57
Die Digitalisierung vorantreiben, z.B. das schnelle Internet ausbauen.....	49	50
Das Schienen- und Straßennetz ausbauen.....	50	45
Dass die Flüchtlinge gut in Deutschland integriert werden.....	50	42
Sich für die EU, den europäischen Zusammenhalt einsetzen.....	46	37
Die Energiewende vorantreiben.....	46	32
Dass die öffentliche Verwaltung modernisiert wird, also dass z.B. Behördengänge über das Internet erledigt werden können.....	38	44
Die Staatsschulden abbauen.....	41	31
Die Beziehungen zu Russland verbessern.....	35	43
Die Bundeswehr besser ausrüsten.....	35	26
Dass rasch Stromtrassen gebaut werden, die Windstrom aus dem Norden in den Süden transportieren.....	31	29
Gute Beziehungen zu den USA sicherstellen.....	32	24

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11092, 2018

Das Vertrauen in den Staat ist in Ostdeutschland geringer

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie, worauf kann man sich in Deutschland im Großen und Ganzen verlassen? Welche Punkte von dieser Liste würden Sie nennen?" (Listenvorlage)

	Bevölk. insg.	West	Ost
	%	%	%
Auszug aus den Vorgaben			
Dass Grundrechte wie die Meinungs- freiheit geschützt sind	64	67	51
Dass die Gerichte unabhängig sind	53	56	39
Dass man gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit und für das Alter abgesichert ist	47	49	39
Dass der Staat handlungsfähig ist	39	41	32
Dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind	38	40	27

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11088, 2018

FRAGE: "Haben Sie von dem Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung?"

Bevölkerung Westdeutschland

	1995 %	2000 %	2005 %	2009 %	2012 %	2018 %
Habe gute Meinung	52	51	27	43	49	51
Keine gute Meinung	21	14	45	28	21	14
Unentschieden	27	35	28	29	30	35
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

Bevölkerung Ostdeutschland

	1990 %	1995 %	2000 %	2005 %	2009 %	2012 %	2018 %
Habe gute Meinung	77	26	26	14	27	44	34
Keine gute Meinung	5	45	32	59	42	26	21
Unentschieden	18	29	42	27	31	30	45
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11093

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: 5. bis 18. Januar	34,0	10,0	21,0	10,5	8,5	12,0	4,0
2. - 15. Februar	32,0	11,0	17,5	12,0	9,5	13,0	5,0
2. - 15. März	34,0	10,0	19,0	11,0	10,0	12,5	3,5
3. - 17. April	34,0	10,0	20,5	11,0	9,0	12,0	3,5
24. April - 8. Mai	34,0	9,0	20,0	11,0	10,0	11,5	4,5
1. - 13. Juni	33,0	9,5	21,0	11,0	9,5	13,0	3,0
1. - 12. Juli	30,5	9,5	20,0	12,0	9,0	15,0	4,0
27. Juli - 9. Aug.	31,0	9,0	20,0	12,5	9,0	14,5	4,0
1. - 13. September	31,5	8,5	19,5	12,5	9,0	15,0	4,0
28. Sept.-11. Okt.	29,0	8,5	19,0	15,0	9,0	15,0	4,5
2. - 15. November	28,0	9,5	17,0	19,0	9,0	13,5	4,0
1. - 12. Dezember	29,0	8,5	16,5	19,0	9,0	14,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: 5. - 17. Januar	31,5	8,5	16,5	18,0	8,5	13,0	4,0

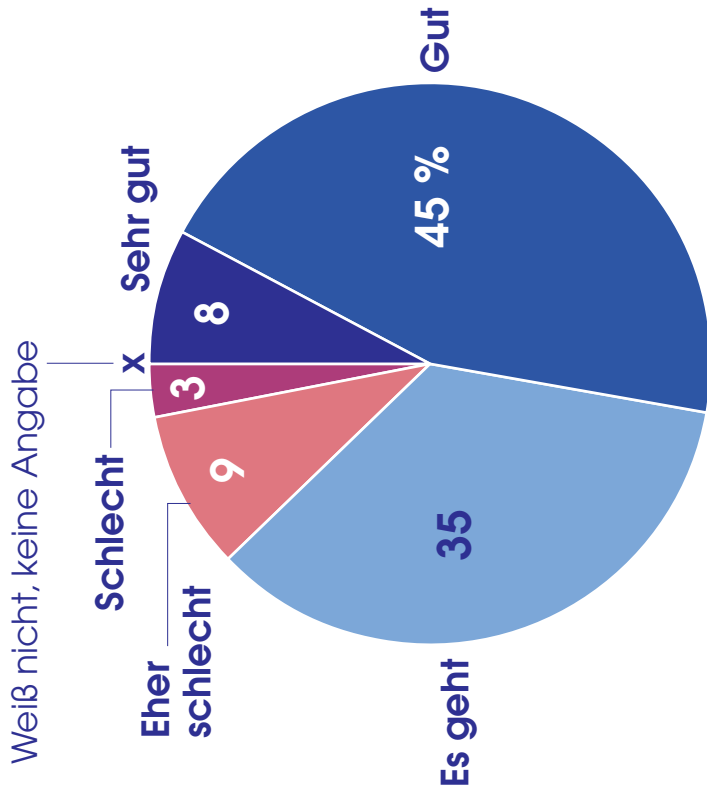
Befragt wurden insgesamt 1.249 Personen

Schaubilder

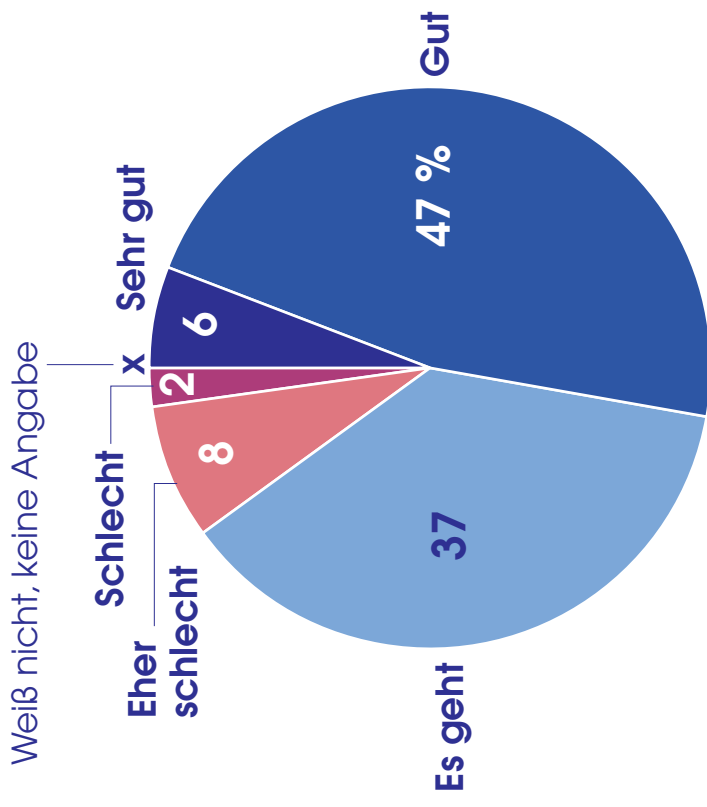
Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Frage: "Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?"

Westdeutschland



Ostdeutschland



x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11094

Was trennt die Menschen?

Frage: "Was sind in Deutschland die eigentlichen Gegensätze: Was trennt, was unterscheidet die Menschen in unserer Gesellschaft vor allem?"

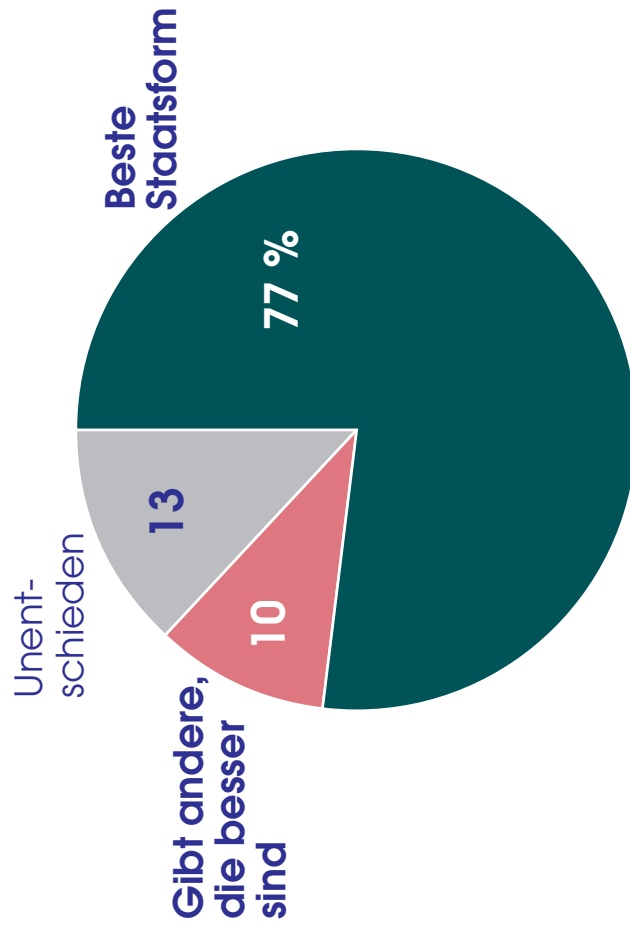
	West- deutschland %	Ost- deutschland %
Die soziale Schicht, zu der man gehört	69	67
Der Schulabschluss, Bildung	60	53
Die Herkunft, ob man aus Deutschland oder einem anderen Land kommt	53	64
Einkommen	50	65
Die politische Einstellung	46	63
Das Alter, die Generation, zu der man gehört	43	38
Die in der Familie vermittelten Werte	40	28
Eigentum, Besitz	39	50
Die Grundsätze, nach denen man lebt	39	35
Religion, religiöse Überzeugungen	33	35
Ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt	28	30
Ob man aus Ost- oder Westdeutschland stammt	26	52

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11097

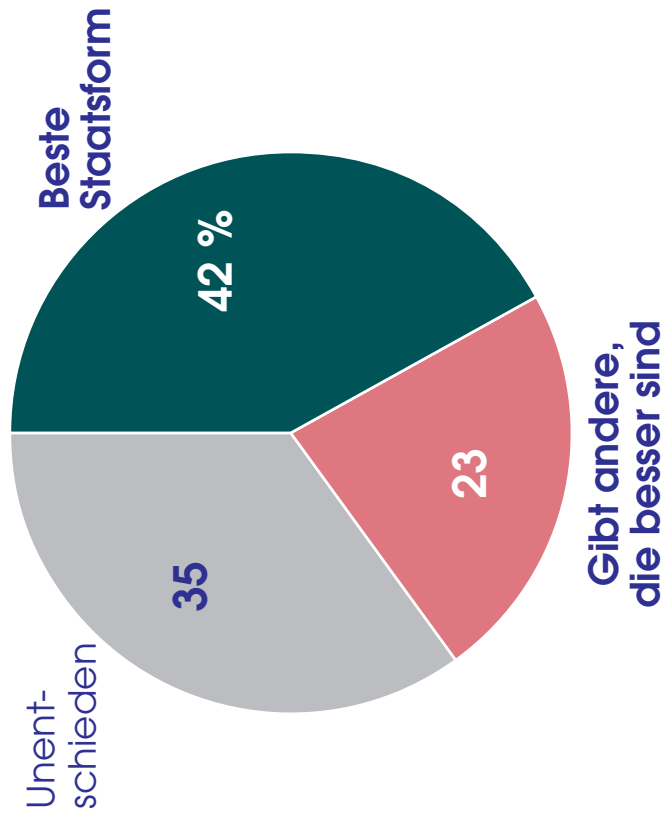
Rückhalt für die bundesdeutsche Demokratie

Frage: "Glauben Sie, die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform, oder gibt es eine andere Staatsform, die besser ist?"

Westdeutschland



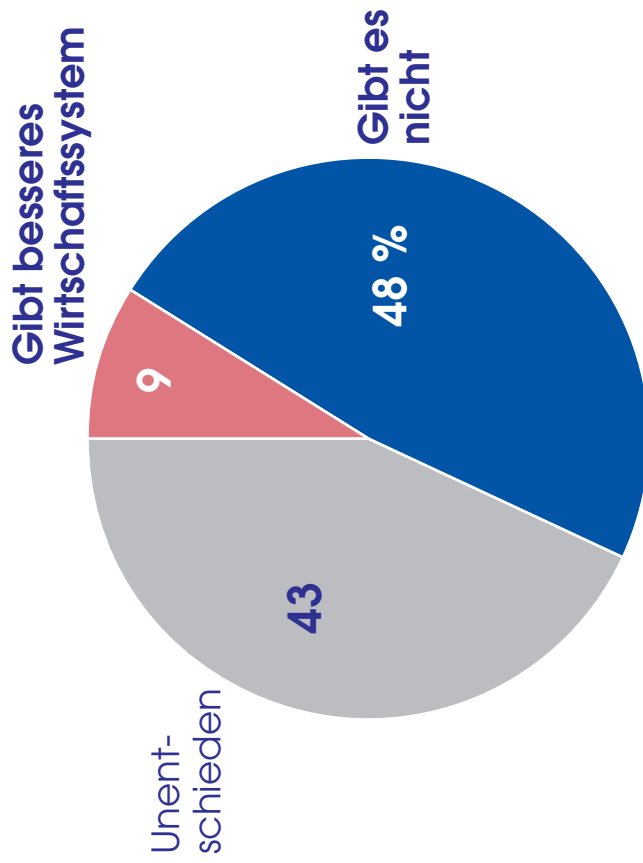
Ostdeutschland



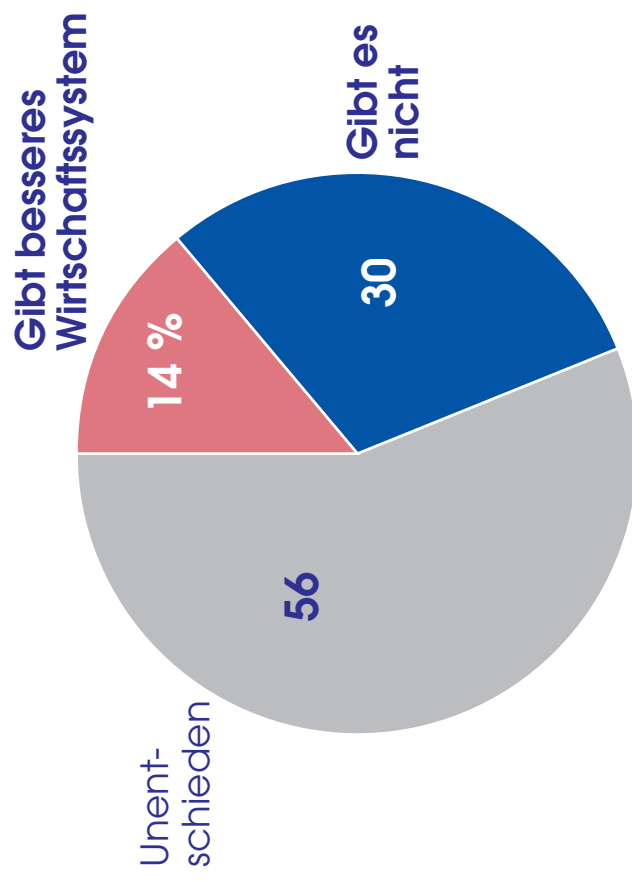
Überzeugende Alternative zur Marktwirtschaft?

Frage: "Gibt es Ihrer Meinung nach ein Wirtschaftssystem, das besser ist als die Marktwirtschaft, oder gibt es das nicht?"

Westdeutschland



Ostdeutschland



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 19
vom 23. Januar 2019, S. 8, unter dem Titel:

"Fremd im eigenen Haus. Die Teilung ist für viele
Ostdeutsche präsenrer als für Westdeutsche. Sie
haben weniger Vertrauen in den Staat und die
politischen Parteien."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Fremd im eigenen Haus

Vor annähernd drei Jahrzehnten skandierten die Teilnehmer der Montagsdemonstrationen in Leipzig zunächst „Wir sind das Volk“, später auch „Wir sind ein Volk“. Mit dem Fall der Mauer und der Wiederherstellung der Einheit von West- und Ostdeutschland kamen zwei Landesteile zusammen, deren Bevölkerung über viele Jahrzehnte sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht hatte, politisch wie gesellschaftlich und ökonomisch. Die Bedeutung und Nachhaltigkeit dieser unterschiedlichen Erfahrungen werden bis heute oft unterschätzt.

Die Stimmungslage und Bilanz der eigenen materiellen Situation sind heute weitgehend ähnlich. 2018 war für die Mehrheit der Westdeutschen wie der Ostdeutschen ein gutes Jahr, nur jeder Fünfte zieht eine negative Bilanz. Genauso sind Ost- und Westdeutsche gleichermaßen optimistisch in dieses Jahr gestartet, lediglich 14 Prozent in Ost wie West mit Befürchtungen. Noch liegt die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 6,5 Prozent über dem Westniveau, hat sich jedoch über die vergangenen Jahre kontinuierlich verringert und nähert sich dem westdeutschen Arbeitsmarkt an. Unter den Erwerbstätigen zweifelt jeder Zehnte an der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes; dies gilt für Ost wie West gleichermaßen.

Auch die Produktivität hat sich über die Jahrzehnte hinweg angenähert; allerdings hat sich diese Entwicklung in den vergangenen Jahren verlangsamt, und der Prozess dauert länger als angenommen. Aktuell beträgt der Unterschied noch rund 22 Prozent. Ebenso verringern sich Gehaltsunterschiede, sie sind objektiv aber nach wie vor größer, als die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage in Ost und West erkennen lässt. 53 Prozent der West- wie der Ostdeutschen ziehen zurzeit eine positive Bilanz ihrer wirtschaftlichen Situation. Als Wohlstandsverlierer sehen sich über die letzten Jahre hinweg 18 Prozent der West- wie der Ostdeutschen, 34 Prozent der Westdeutschen und 36 Prozent der Ostdeutschen bilanzieren hingegen eine Verbesserung ihrer ökonomischen Lage in diesem Zeitraum. Auch die Zufriedenheit der Rentner unterscheidet sich kaum: Im Westen sind 56 Prozent der Rentner mit der Höhe ihrer Rente zufrieden, im Osten 50 Prozent.

Genereller Optimismus und materielle Zufriedenheit sind nur eine Facette der Befindlichkeiten. Drei Jahrzehnte nach dem Ende der Teilung hat die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung weiterhin den Eindruck, dass zwischen Ost und West eine Trennlinie verläuft. Gefragt, was heute in der Gesellschaft die Menschen trennt und unterscheidet, sieht die Mehrheit in Ost und West vor allem Unterschiede zwischen den sozialen Schichten sowie zwischen der deutschstämmigen Bevölkerung und Migranten.

Besonders der Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland wird in Ostdeutschland eine ungleich größere Bedeutung zugeschrieben als im Westen: Nur 26 Prozent der Westdeutschen, aber 52 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass hier eine der wichtigsten Trennlinien in unserer Gesellschaft verläuft. Auch die politischen Einstellungen gelten in Ostdeutschland weitaus mehr als Spaltungsthema als in Westdeutschland: 46 Prozent der Westdeutschen, aber 63 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass besonders gravierende Trennlinien entlang der politischen Anschauungen verlaufen.

Beides überschneidet sich: Gravierende Unterschiede zwischen Ost und West betreffen auch politische Positionen und insbesondere die Parteiloyalitäten. Aus gutem Grund sehen CDU und SPD den anstehenden Wahlen in Ostdeutschland mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. In Westdeutschland benennen 37 Prozent die Unionsparteien als die Parteien, die ihnen generell am sympathischsten sind; in



Die Teilung ist für viele Ostdeutsche präsenter als für Westdeutsche. Sie haben weniger Vertrauen in den Staat und die politischen Parteien.

Von Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

Ostdeutschland liegt der Anteil bei 28 Prozent. Die SPD wird bei diesem Sympathieranking in Ostdeutschland von 16 Prozent auf den ersten Rang gesetzt. Auch Grüne und FDP genießen in Ostdeutschland weit aus weniger Vertrauen als in Westdeutschland; so sind die Grünen zurzeit für 23 Prozent der Westdeutschen, aber nur für knapp 10 Prozent der Ostdeutschen die sympathischste Partei.

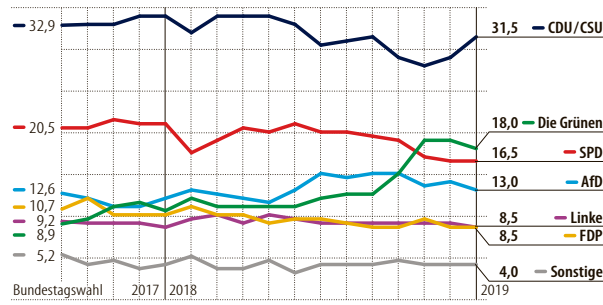
Die Linke und die AfD haben in Ostdeutschland einen wesentlich stärkeren Rückhalt als in Westdeutschland. Beide

sich einen möglichst geringen Einfluss der AfD; das teilen nur 34 Prozent der Ostdeutschen. 37 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung möchten zwar keine AfD-Beteiligung an Regierungen, aber befürworten ihre Präsenz in Parlamenten und nennen politischen Einfluss; gut jeder Fünfte spricht sich für eine Beteiligung der AfD an Regierungen aus. Beides wird Westdeutschland weit weniger vertreten.

Die politische Agenda der Bürger in Ost und West erklärt nur sehr begrenzt die gravierenden Unterschiede der Parteipräferenzen.

Die Stärke der Parteien

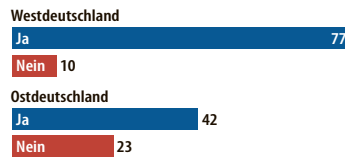
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



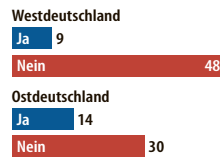
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 5. bis 17. Januar 2019, 1249 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

Was trennt die Menschen?

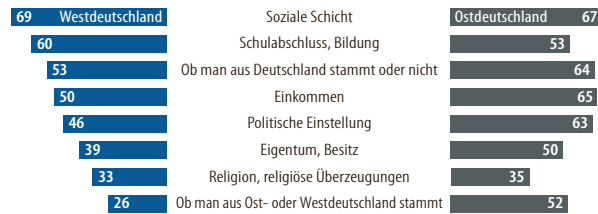
Glauben Sie, dass die Demokratie, die wir in Deutschland haben, die beste Staatsform ist? (in Prozent)



Gibt es ein Wirtschaftssystem, das besser als die Marktwirtschaft ist? (in Prozent)



Was trennt und was unterscheidet die Menschen in unserer Gesellschaft vor allem? (in Prozent)



Differenz zu 100 Prozent: Unentschieden, keine Angaben. Quelle: Institut für Demoskopie für Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter

haben keine Historie als Westpartei. Die Linke ist nach wie vor in erster Linie Ostpartei; knapp 7 Prozent der Westdeutschen, aber 17 Prozent der Ostdeutschen benennen sie als sympathischste Partei. Die AfD ist die einzige Partei, die erst lange nach der Wiedervereinigung gegründet wurde, sie fand von Beginn an in Ostdeutschland mehr Resonanz als in Westdeutschland. Zurzeit setzen sie 9 Prozent der Westdeutschen und 21 Prozent der Ostdeutschen auf den ersten Rang ihrer Parteisympathien; höher liegen die Zweitstimmwahlabsichten, zurzeit bei 11 Prozent im Westen und 22 Prozent im Osten. Die AfD gilt in Ostdeutschland nicht als Westpartei, was ihre Chancen verbessert.

Die Bürger in Ostdeutschland haben auch deutlich andere Vorstellungen, welche Rolle die AfD im politischen Leben der Republik spielen sollte. Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung wünscht

Den größten Unterschieden treten bei Umwelt- und Energiethemen auf. So halten es 46 Prozent der Westdeutschen, aber nur 32 Prozent der Ostdeutschen für besonders wichtig, die Energiewende in dieser Legislaturperiode voranzutreiben. Den Zielen Umwelt- und Klimaschutz messen 63 Prozent der Westdeutschen besonders große Bedeutung bei und 53 Prozent der Ostdeutschen.

Bei der Migrationspolitik setzen West- und Ostdeutsche wie erwartet unterschiedliche Akzente, formulieren aber keineswegs eine völlig abweichende politische Agenda. 74 Prozent der Westdeutschen und 66 Prozent der Ostdeutschen halten es für vordringlich, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Migranten zu bekämpfen. 65 Prozent der Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen halten es für vordringlich, die Zuwanderung nach Deutschland zu begrenzen.

Auch die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge ist der ostdeutschen Bevölkerung zwar weniger wichtig als der westdeutschen, die Unterschiede halten sich aber in Grenzen. Das gilt ferner für andere politische Ziele. So ist der ostdeutschen Bevölkerung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wichtiger als der westdeutschen; die westdeutsche Bevölkerung misst hingegen dem Abbau von Staatsschulden, der Bekämpfung von politischem Extremismus und der Sicherung guter Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mehr Bedeutung bei als die ostdeutsche. Umgekehrt sind der ostdeutschen Bevölkerung gute Beziehungen zu Russland wichtiger als der westdeutschen. Insgesamt hat die ostdeutsche Bevölkerung aber keine andere politische Agenda als die westdeutsche, die die gravierenden Unterschiede bei den Parteisympathien zur Gänze erklären würde.

Das Vertrauen, dass der Staat seinen Aufgaben gerecht wird, ist in Ostdeutschland signifikant niedriger als in Westdeutschland. So vertraut die ostdeutsche Bevölkerung weitaus weniger als die westdeutsche darauf, dass in Deutschland Grundrechte wie die Meinungsfreiheit geschützt sind, die Gerichte unabhängig sind und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz gesichert ist. Zwei Drittel der Westdeutschen, aber nur jeder zweite Ostdeutsche vertraut darauf, dass Grundrechte wie die Meinungsfreiheit wirksam geschützt sind. 56 Prozent der Westdeutschen und 39 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass die Gerichte unabhängig urteilen. Auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und die sozialen Sicherungssysteme ist im Osten niedriger als im Westen.

In Westdeutschland ist die überwältigende Mehrheit der Bürger, bei aller Kritik an Details des Staatswesens und der politischen Kultur, überzeugt, dass die Demokratie der Bundesrepublik die beste Staatsform ist; lediglich 10 Prozent glauben an eine überlegene Alternative. Völlig anders die Bilanz der ostdeutschen Bevölkerung: Nur 42 Prozent sind Anhänger dieser demokratischen Staatsform, 23 Prozent sagen, dass es bessere politische Systeme gibt; 35 Prozent sind in dieser Frage unschlüssig oder wollen sich nicht äußern.

Im Osten ist das Bekenntnis zur deutschen Demokratie und zur Marktwirtschaft schwächer als im Westen.

Das war beim Wirtschaftssystem anders. 1990 übernahm die überwältigende Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung mit großen Hoffnungen, geradezu euphorisch das Wirtschaftssystem Westdeutschlands. 1990 sahen es 77 Prozent positiv. Eine Phase der Ernüchterung folgte. Mitte der neunziger Jahre bewertete nur noch ein Viertel der Bürger das Wirtschaftssystem positiv. Erst in den letzten Jahren, nach einem mehr als zehnjährigen Aufschwung, überwiegt wieder die Zustimmung zu diesem System klar. Es ist aber nur begrenzt eine Zustimmung aus Überzeugung, dass die Marktwirtschaft das überlegene Wirtschaftssystem ist.

Die Unterstützung für das Wirtschaftssystem schwankt in Abhängigkeit von Konjunktur und Arbeitsmarkt, was auch für Westdeutschland gilt. Selbst in Westdeutschland vertritt zurzeit nur die Hälfte grundsätzlich die Überzeugung, dass die Marktwirtschaft anderen Wirtschaftssystemen überlegen ist. In Ostdeutschland sind gerade einmal 30 Prozent von der Überlegenheit des marktwirtschaftlichen Systems grundsätzlich überzeugt.

Besonders die distanzierte Bewertung des politischen Systems, das unterdurchschnittliche Vertrauen in den Staat und die politischen Kräfte, die dieses Staatswesen in Westdeutschland schon vor 1990 geprägt haben, zeigt, dass sich viele Ostdeutsche immer noch fremd im eigenen Haus fühlen. Die Teilung ist für viele wesentlich präsenter als für Westdeutsche und nicht vollständig überwunden. Das Gefühl der Fremdheit prägt die Parteipräferenzen mehr als unterschiedliche Akzente der politischen Agenda.